

Henning Süssner¹: Good bye Lenin? Die schwedische Linkspartei 1998 – 2005.

Man könnte ein wenig provozierend behaupten, dass die schwedische Linkspartei zur Zeit von ihrer eigenen Geschichte eingeholt wird: Seit der Wahl von Lars Ohly zum Vorsitzenden der Linkspartei im Februar 2004 fordern interne wie externe Kritiker lautstark, dass die Partei sich endgültig von ihrem kommunistischen Erbe verabschieden und endlich ihre eigene Geschichte kritisch aufdecken soll. Diese Forderung, die durch eine Reportage des staatlichen schwedischen Fernsehens über das Verhältnis der Parteiführung zu den sozialistischen Staaten Osteuropas im vergangenen Jahr kräftig angeheizt wurde, hat die Linkspartei in eine „Kommunismusdebatte“ zurückgeworfen, die beim Beobachter ein unbehagliches Déjà-vu-Erlebnis hervor ruft.

Ein Rückblick: Lenin verlässt den Raum...

Bereits in den 1960er Jahren wurden erste Versuche unternommen, das kommunistische Erbe² der Linkspartei, grundsätzlich in Frage zu stellen. Wolfgang Leonhard rechnete seinerzeit Carl-Henrik Hermansson, den 1964 gewählten Parteivorsitzenden der SKP, zu „den wichtigsten Wegbereitern des Eurokommunismus in Europa“.³ Nach Hermanssons Wahl zum Vorsitzenden öffnete sich die – nach wie vor hart zentral gesteuerte – KP für ideologische Einflüsse aus der neuen Linken und stellte u.a. die Schulung ihrer Funktionäre an der SED-Parteischule in Bad Doberan und in Moskau. ein. Eine „dänische Lösung“⁴, d.h. die bewusste Abkehr von der kommunistischen Parteitradition und die Neugründung einer linkssozialistischen Partei, wurde jedoch bewusst vermieden. 1968 kritisierte die VPK-Führung so zwar den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR, brach jedoch die Beziehungen zu den dafür verantwortlichen „Bruderparteien“ nicht vollends ab. Die VPK entwickelte in der Folge zwar eine deutliche Affinität zu den Positionen der „eurokommunistischen“ Parteien Westeuropas, vermied es aber, sich nach 1968 in ähnlicher Deutlichkeit zu den inneren Entwicklungen in den staatssozialistischen Ländern zu äußern. Man unterstrich jedoch stets, z.B. auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Berlin 1976⁵, die Unabhängigkeit der eigenen Partei. Bei diesem Kurs gegenüber der von der VPK-Führung offenbar wenig geliebten Sowjetunion spielte die innerparteiliche Machtbalance eine nicht unerhebliche Rolle: Die Parteiführung um Hermansson bzw. ab 1975 um Lars Werner agierte nämlich zumeist vermittelnd zwischen der moskau-konformen „Rechten“ und einer stark antisowjetischen „Linken“ innerhalb der Partei.⁶

¹ Henning Süssner gehört der historischen Analysegruppe der Linkspartei an und ist Mitarbeiter der sozialistischen Wochenzeitung *Flamman*.

² Die Linkspartei (*Vänsterpartiet*) wurde im April 1917 als Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens (SSV) gegründet und schloss sich 1919 der Kommunistischen Internationale an. Mit der Bestätigung der berüchtigten 21 Thesen der Komintern nahm die Partei 1921 die Bezeichnung Kommunistische Partei Schwedens (SKP) an. Unter Hermanssons Ägide wurde die Partei 1967 in „Linkspartei-Kommunisten“ (VPK) umgetauft, 1990 erfolgte schließlich die Umbenennung in Linkspartei.

³ Leonhard, Wolfgang: *Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West* (Gütersloh: 1979).

⁴ 1959 wurde die Sozialistische Volkspartei (SF) in Dänemark gebildet nachdem Aksel Larsen, der Vorsitzende der KP Dänemarks wegen der Veröffentlichung seines Manifestes „Wo stehen wir? Was ist zu tun?“ Ende 1958 aus der Partei ausgeschlossen worden war.

⁵ Siehe die Dokumentation der Rede Lars Werners in Steinkühler, Manfred: *Eurokommunismus im Widerspruch. Analyse und Dokumentation* (Köln 1977).

⁶ Interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Rolle Carl-Henrik Hermanssons. Werner Schmidt, Hermanssons Biograf, behauptet, dass „das vänstersozialistische Projekt“ Hermanssons nach 1968 „erodiert“ sei. <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=1058&a=331310>, Zugriff 9.12.2005. Siehe auch ders., C.H. „Hermansson und die Entstalinisierung der KP Schwedens“ in: *Argument* 249, Berlin 2003. Die Amtsübernahme Lars Werners wird von Schmidt als ein wichtiger Schritt „zurück“ in Richtung einer

Nach der Abspaltung der moskau-konformen „Rechten“ im Jahre 1977, bemühte sich die Parteiführung interessanterweise wieder darum, das angestrengte Verhältnis zur KPdSU und anderen osteuropäischen Parteien zu verbessern. Dies ist vor dem Hintergrund von Befürchtungen der Parteiführung zu sehen, dass die neugegründete Arbeiterpartei-Kommunisten (APK) eine ernsthafte Herausforderung für das weitere politische Überleben der VPK darstellen könnte.⁷ Auch wenn die APK sich nicht als ernsthafte Alternative zur VPK entwickeln konnte und schon nach den Wahlen des Jahres 1979 in der Bedeutungslosigkeit versank, hielt die VPK-Führung aus taktischen Erwägungen und ganz im Sinne ihres antiimperialistischen Weltbildes ihre formalen Beziehungen zu den kommunistischen Bruderparteien intakt. Dies provozierte den Widerstand einer wachsenden Minderheit, die v.a. nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes in Polen 1981 in der Partei an Einfluss gewann.⁸

In dieser Zeit wurden, ganz ähnlich wie auch in anderen westeuropäischen kommunistischen Parteien, die Bezeichnungen „Erneuerer“ und „Traditionalisten“ geprägt, um die hauptsächlichen Positionen in dieser Debatte zu bezeichnen. Neben der vor allem symbolischen Frage der Haltung zum real-existierenden Sozialismus, spielten Fragen wie das Verhältnis zum historisch-materialistischem Geschichtsverständnis der Partei und zum Prinzip des demokratischen Zentralismus eine wichtige Rolle im Kampf zwischen den beiden Strömungen. Der Strömungsstreit war vor allem in der Debatte über das Grundsatzprogramm auf dem Parteitag von 1987 von Bedeutung.⁹

1990 vollzog die VPK eine späte Kehrtwende und ersetzte das kontroverse Grundsatzprogramm von 1987 durch ein interimistisches Punktprogramm. Außerdem wurde der symbolische Bruch mit der eigenen Geschichte vollzogen, und ein sehr uneiniger Parteitag strich das Wort „Kommunisten“ aus dem Parteinamen.¹⁰ 1993 wurde schließlich ein „erneuertes“ Parteiprogramm angenommen.

In der parteiinternen Debatte spielte nach 1993 die Konstellation Erneuerer-Traditionalisten zunächst keine besondere Rolle mehr. In rührender Einigkeit leitete der neue Parteivorstand unter der Führung von Gudrun Schyman, die in den 1980ern keineswegs als Erneuererin in Erscheinung getreten war, eine radikale Neuorientierung des Parteiprofils ein: 1995 wurde das Statut geändert und die Partei als „sozialistisch und feministisch“ deklariert.¹¹ Die traditionelle Programmatik der Partei wurde Schritt für Schritt revidiert, zunächst relativ

vermeintlichen „Komintern-Tradition“ gesehen. Ob dies so war oder nicht, sei hier dahingestellt, eine von mir im August 2005 begonnene Interviewstudie mit zeitgenössischen VPK-Funktionären deutet jedoch interessanterweise darauf hin, dass z.B. Lars Werner im Gegenteil zu Hermansson den Ruf hatte, sich hart gegenüber der moskautreuen Parteirechten durchsetzen zu können.

⁷ Vgl. Liedman, Sven-Eric: „Oventenskaplig efterskrift“ in Lars-Arne Norborg u.a. (Hg.), *Lik i garderoben? En rapport om SKP/VPKs internationella förbindelser* (Lund 1992), s. 107. Dies ist eine These, die mir mündlich von damaligen Mitgliedern des Exekutivkomitees der VPK bestätigt wurde. In der offiziellen Geschichtsdarstellung der Linkspartei wird in diesem Zusammenhang jedoch interessanterweise angedeutet, dass die Parteisplaltung des Jahres 1977 im Prinzip das Ende der freundschaftlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Staatsparteien markiert habe. (Siehe http://www.vansterpartiet.se/PUB_Omoss/10019.6991.cs, Zugriff 9.12.2005).

⁸ Eine interessante Analyse dazu findet sich in Arvidsson, Hans & Andersson, Ingemar: „Läsebok för vänstern: Den långa marschen bort från Komintern“, *Socialistisk Debatt*, 6/1994, v.a. s. 31f.

⁹ Eine interessante, wenn auch deutlich voreingenommene Zusammenfassung der Parteitagsdebatten von 1985 und 1987 findet sich in Nymark, Ulf, „Vad sa man om Östeuropa på kongresserna?“ in Norborg, op.cit.

¹⁰ Hier sei angemerkt, dass die schwedische Satzungsordnung sich von der deutschen unterscheidet und in der Regel Änderungen am Parteistatut mit einfacher Mehrheit zulässt. Auf besagtem Kongress der VPK wurde z.B. die Namensänderung der Partei mit einer Mehrheit von drei (3) Stimmen beschlossen.

¹¹ Damit war die Linkspartei die erste feministische Partei Schwedens. Inzwischen bezeichnen sich auch die schwedischen Sozialdemokraten, die bäuerliche Zentrumsparterei und die liberale Volkspartei als „feministisch“. Im Herbst 2005 wurde darüber hinaus die Partei Feministische Initiative gegründet, initiiert von keiner Geringeren als Gudrun Schyman, die Ende 2004 aus der Linkspartei austrat.

konfliktfrei und nach der Überarbeitung des Grundsatzprogramms 1990-93 auch nicht selten ad hoc durch die Parteispitze.

Das für die „neugeborene“ Linkspartei unbequeme Thema der kommunistischen Parteigeschichte wurde dabei gerne heruntergespielt. 1992 gab die Partei ein „Weißbuch“ zu ihren Kontakten nach Osteuropa heraus, bat um Entschuldigung für Delegationsreisen nach Ostberlin und Warschau und Grusstelegramme nach Bukarest und war im Allgemeinen der Meinung, dass damit das Kapitel Geschichtsbewältigung abgeschlossen sei. Dementsprechend behauptet man auch heute noch gerne, dass man spätestens nach der Parteispaltung von 1977 eine kritische Distanz zu KPdSU, SED und anderen osteuropäischen Parteien gewahrt habe.¹² In der offiziellen Darstellung der Parteigeschichte wurde parallel dazu bevorzugt auf die „linkssozialistischen“ Traditionen der frühen Sozialdemokratischen Linkspartei und die poststalinistische Erneuerungsperiode unter dem Vorsitzenden Carl-Henrik Hermansson in den 1960er Jahren hingewiesen. Dabei wird der Linkssozialismus immer häufiger auch in der momentanen Geschichtsdebatte als Antithese zur „Komintern-Tradition“ der Partei konstruiert.¹³

... und kehrt zurück

Die im Grunde ahistorische Haltung der Parteispitze und das Desinteresse an einer eigenständigen Beleuchtung der eigenen Parteigeschichte lieferte im Herbst 2004 den Sprengstoff für den bereits eingangs erwähnten Fernsehdokumentarfilm. Darin wird die These aufgestellt, dass die *heutige* Linkspartei immer noch eine kommunistische, d.h. antidemokratische Partei sei, die nicht von ihrer dunklen Geschichte Abstand genommen habe. Um dies zu belegen, wurde der Bogen von VPK-Kontakten zur DDR in den 1980er Jahren bis zur Mitgliedschaft Lars Ohlys in der Schwedisch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaft gespannt. Ausserdem wurde Ohly mit eigenen Zitaten aus den frühen 80er Jahren, etwa zum Zustand der Demokratie in der KDVR, konfrontiert.¹⁴

An und für sich wäre es ein einfaches Unterfangen gewesen, der Attacke mit dem Hinweis auf frühere Eigenpublikationen, wie z.B. das besagte „Weißbuch“ *Lik i garderoben?* und wiederholte Stellungnahmen des Parteivorstandes zum Thema zu begegnen. Der Umstand, dass Lars Ohly sich bis dahin nahezu trotzig als Kommunist bezeichnete, sorgte jedoch alsbald für einen verheerenden Mediensturm, dem die Partei wenig entgegenzusetzen hatte.

Für unseren Rückblick ist interessant zu konstatieren, dass Ohly, damals noch Sekretär der Partei (entspricht dem deutschen Bundesgeschäftsführer), schon 1998¹⁵ als „traditionalistischer“ Herausforderer der „Erneuerin“ Gudrun Schyman dargestellt worden war. Bereits damals wurde behauptet, dass Ohly, u.a. mit der Unterstützung des „neo-

¹² Vgl. http://www.vansterpartiet.se/PUB_Omoss/10019,6991.cs, Zugriff 9.12.2005.

¹³ Diese Revision der Parteigeschichte lässt sich sehr deutlich im parteinahen akademischen Milieu beobachten. Als Paradebeispiel mögen hier die Arbeiten des bereits zitierten Werner Schmidt dienen. S. Schmidt, Werner: *Kommunismens rötter i första världskrigets historiska rum: en studie kring arbetarrörelsens historiska misslyckande* (Stehag 1996); ders.: *Antikommunism och kommunism under det korta 1900-talet* (Lund 2002). Auch in dem im Dezember 2005 an den Parteivorstand der Linkspartei überreichten Report der historischen „Analysegruppe“ der Linkspartei wird die von Schmidt konstruierte Dichotomie zwischen weißer „linkssozialistischer“ und schwarzer „kommunistischer“ Parteitradition innerhalb der Linkspartei hervorgehoben. Grundlegende Kritik an der Interpretation Werner Schmidts findet sich dagegen in einer jüngst erschienenen Studie des Historikers Alexander Kann, der drauf hinweist, dass die schwedischen Linkssozialisten schon lange vor 1921 enge Kontakte zu den Bolschewiki pflegten. S. Kan, Aleksander: *Hemmabolsjeviker. Den svenska socialdemokratin, ryska bolsjeviker och mensjeviker under världskriget och revolutionsåren 1914 – 1920* (Stockholm 2005). Vgl. auch Kann, Alexander: „Die schwedischen Linkssozialisten und der sowjetische ‚Revolutionsexport‘ im Jahre 1920, *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1994.

¹⁴ Siehe <http://svt.se/svt/jsp/Crosslink.jsp?d=15777&a=261666>; Zugriff 9.12.2005.

¹⁵ Wie später noch zu sehen sein wird, markiert gerade das Jahr 1998 in mancher Hinsicht eine entscheidende Zäsur für die Entwicklung der Linkspartei.

leninistischen“ Jugendverbandes der Partei, *Ung Vänster* (Junge Linke), den „Sturz“ Schymans plane. Zeitgleich entbrannten nach der für die Linkspartei überaus erfolgreichen Wahl 1998 auf lokalem Niveau Flügelkämpfe innerhalb der Partei. Parteiinterne Kritiker brachten mit Erfolg erneut die alten Etiketten „Erneuerer“ und „Traditionalisten“ ins Spiel.

Aus naheliegenden Gründen wurde in diesem Zusammenhang weniger die Interpretation der Parteigeschichte zum Anlass erbitterter Auseinandersetzungen, als vielmehr die Haltung zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Sowohl im Reichstag als auch auf kommunalem Niveau war nämlich die Linkspartei nach 1998 zu einem wichtigen Machtfaktor und zum wichtigsten Kooperationspartner der Sozialdemokraten aufgestiegen¹⁶ Sukzessiv bildeten sich innerparteiliche Nebenfrontlinien, die sich seit dem Parteitag 2000 in erster Linie an der Definition von sogenannten Macht- und Eigentumsfragen fest machen. Die im Jahre 2000 eingesetzte Programmkommission konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag für ein Grundsatzprogramm einigen. Das 2002 verabschiedete Strategiepapier „Vänstern, ägandet och makten“¹⁷ (Die Linke, der Besitz und die Macht) wurde von parteiinternen Kritikern vehement angegriffen.

In diesen immer wieder aufflammenden Kontroversen wurde das Etikett „Kommunist“ eher zu einem Begriff des verbalen Antiparlamentarismus – nicht zuletzt bei einigen Reichstagsabgeordneten der Linkspartei – als zu einer Stellungnahme für etwaige leninistische oder gar stalinistische Glaubenssätze. Interessanterweise gab es jedoch eine Art von Machtbalance zwischen antikommunistischen Realos und „kommunistischen“ Fundis in der Linkspartei. Die Ablehnung der schwedischen EU-Mitgliedschaft funktionierte dabei lange als ein idealer Kitt für den Zusammenhalt der Partei.

Diese ein wenig instabile Pattsituation veränderte sich jedoch drastisch nach dem hastigen Rücktritt Gudurn Schymans im Jahr 2003.¹⁸ Zunächst entbrannte eine heftige Debatte um ihre Nachfolge. Lars Ohly wurde wiederum als Traditionalist dargestellt und deswegen von der eigenen Parteiprominenz angegriffen, die in dem bürgerlichem Leitorgan *Dagens Nyheter* im Mai 2003 den Aufruf „Wegwahl für die Linkspartei“¹⁹ mit 181 Erstunterzeichnern veröffentlichte. Nach der Wahl von Ohly zum Parteivorsitzenden auf dem Parteitag 2004 wurde von den enttäuschten Erneuerern um den ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Johan Lönnroth dann der Verein *Vägval vänster* (VVV, Wegwahl Links) gegründet. VVV versteht sich als ein offenes Forum für Kritik an der Linie der Parteispitze um Ohly, die als dogmatisch und wirklichkeitsfremd aufgefasst wird. Mit zunehmender Eskalation der innerparteilichen Auseinandersetzungen, die nun immer stärker in den Massenmedien ausgetragen wurden, erwog der Kreis um Lönnroth jedoch bald die eventuelle Gründung einer neuen Linkspartei. Hierbei wurde gewöhnlich auf das Beispiel der Schwesterparteien in Norwegen und Dänemark hingewiesen und das Argument angeführt, dass der endgültige Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit nur durch eine Neugründung erreicht werden könne.²⁰

¹⁶ Die Linkspartei wurde 1998 mit 12 % der Stimmen zur drittstärksten politischen Kraft Schwedens und toleriert seitdem zusammen mit den Grünen die sozialdemokratische Minderheitsregierung Göran Persson.

¹⁷ http://www.vansterpartiet.se/cs-media/PUB_Ideologi/uploads/000006984/Vanster%5Fagande%5Fmakten.pdf, Zugriff 12.12.2005.

¹⁸ Anfang 2003 wurde Schyman gezwungen als Parteivorsitzende zurück zu treten, nachdem man sie der groben Steuerhinterziehung bezichtigt hatte. Schon zuvor war sie wegen ihrer Alkoholprobleme verschiedentlich Rücktrittsforderungen ausgesetzt gewesen.

¹⁹ *Dagens Nyheter*, 15.5.2003. Siehe auch <http://www.vagvalvanster.se/arkiv.asp?id=16>, Zugriff 10.11.2005.

²⁰ Als Beispiel für diese Argumentationslinie mag der Artikel „Worüber lächelt Lenin?“ von Stig Henriksson dienen: <http://www.vagvalvanster.se/arkiv.asp?cat=debatt&id=695>, Zugriff: 12.12.2005. (Ein Kuriosum im Zusammenhang ist, dass auch die kleine schwedische Mitgliedspartei der trotzkistischen IV. Internationalen so argumentiert und zur Bildung einer neuen antistalinistischen „Arbeiterpartei“ aufruft: http://www.socialistiskapartiet.se/e107_files/downloads/arbete.pdf, Zugriff: 2005-12-12.) Die Mitgliederversammlung von VVV lehnte übrigens die Bildung einer neuen Partei ab, woraufhin einige

Die Kehrseite des Erfolgs

So weit eine skizzenhafte Darstellung der momentanen Krise der schwedischen Linkspartei. Für unser Workshopthema „Transformationsprozesse linker Parteien“ ist jedoch ein Blick hinter die ideologisch verbrämten Rauchvorhänge angebracht.

Die Beurteilung des momentanen Zustandes der schwedischen Linkspartei ist natürlich von der gewählten Perspektive abhängig. Konzentriert man sich z.B. auf den Gebrauch des Etiketts Kommunist in der parteiinternen Debatte, könnte man in der Tat zum Schluss kommen, dass sich hier ein Paradigmenwechsel abzeichnet und die Linkspartei auf dem Weg zurück in die Zeit vor der Ägide Gudrun Schymans sein könnte.

Allerdings zeichnet sich dieser vermeintliche Paradigmenwechsel keineswegs in der Praxis der Linkspartei ab. Und sehr richtig stellte der momentane Parteivorsitzende Lars Ohly denn auch kürzlich fest, dass seine Partei sich in den letzten 15 Jahren von einer „kleinen Partei in ständiger Opposition“ zu einer „bedeutend größeren Partei mit Macht und Einfluss“ entwickelt habe.²¹ Die Linkspartei nimmt seit der Reichstagswahl 2002 an einer vertraglich fixierten Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Regierung und den Grünen teil, was der Partei unzweifelhaft eine gewisse Machtposition verleiht. Und daran hat sich auch nach dem postulierten „traditionalistischen“ Coup auf dem Parteitag von 2004 nichts geändert.

Zwar ist die Linkspartei seit Gudrun Schymans Rücktritt (die mittlerweile die Partei verlassen hat und Frontfigur der neugegründeten Partei Feministische Initiative ist) von dem sehr medialisierten Konflikt zwischen sogenannten Erneuerern und Traditionalisten gebeutelt, und befindet sich in einer schwer zu überblickenden inneren Krise. Diese Krise findet ihren Ausdruck sowohl in Parteiaustritten auf hohem Niveau und der offenen Diskussion über die Gründung einer neuen linken Partei als auch in den Ergebnissen der einschlägigen Meinungsumfragen. Allerdings setzt sich damit eigentlich nur ein Negativtrend fort, der sich bereits vor der letzten Reichstagswahl im Jahr 2002 abzeichnete. In der Wahl fiel der Stimmenanteil der Linkspartei von 12 auf 8,4 %. Z.Z. figuriert die Partei um die 5 %, ungefähr dort, wo sie auch vor 1998, also zu Zeiten der „ständigen Oppositionsrolle“, eigentlich immer angesiedelt war.

Die Linkspartei hat hierbei ganz gewiss gegen medialen Gegenwind zu kämpfen, was man von gewisser Seite nicht müde wird, als *Ursache* der momentanen Krise darzustellen. Allerdings wird die schlechte Presse nicht selten von Vertretern der eigenen Partei angefeuert, die die Medien recht und schlecht zumeist als Kanal für die *parteiinterne* Stimmungsmache nutzen. Ohlys Wahl zum Parteivorsitzenden wird denn auch gerade von seinen eigenen Genossen mehr oder weniger offen als Coup d'état der traditionalistischen Strömung interpretiert, was ja seinerzeit die Bildung des Netzwerkes „Wegwahl Links“ provozierte.

Schwerwiegender als der momentane Gegenwind in den Massenmedien scheint für die weitere Zukunft Partei die momentane grundsätzliche Uneinigkeit auch *innerhalb* der viel beschworenen Strömungen über das eigentliche Profil der Partei zu sein. So reagierten beispielsweise Ende Oktober eine Reihe von einflussreichen Parlamentariern der Partei mit scharfer öffentlicher Kritik auf ein jüngst präsentiertes Grundsatzpapier des Parteivorstandes zur Wirtschaftspolitik²², das eigentlich als eine Ergänzung zur allgemeiner gehaltenen Wahlplattform für die Reichstagswahl 2006 gedacht war. Bereits wenige Stunden nach der Veröffentlichung des Papiers attackierte Johan Lönnroth das Papier als „unfinanzierte

Medienprofis des Vereins, darunter die prominente Reichstagsabgeordnete der Linkspartei Karin Svensson-Smith, im Frühjahr 2005 von der Linkspartei zu den Grünen wechselten.

²¹ Lars Ohly, „Brev till Vänsterpartiets medlemmar“, <http://www.vansterpartiet.se/vp/10.29253.cs>, Zugriff: 6.12.2005. Hier sei angemerkt, dass Kristin Halvorsen, Parteivorsitzende der norwegischen Sozialistischen Linkspartei (SV) kürzlich mit fast den gleichen Worten die Entwicklung ihrer eigenen Partei beschrieb: <http://www.sr.se/diverse/AppData/Ekot/intervju/Sounds/intervju.ram>, Zugriff 12.12.2005.

²² <http://www.vansterpartiet.se/cs-media/xyz/000028116.pdf>, Zugriff: 6.12.2005.

Übergebotspolitik“. Lönnroths Kritik wurde wenig später von diversen Reichstagsmitgliedern der Linkspartei übernommen, interessanterweise auch von solchen Parteiprominenten, die sich im Strömungsstreit bislang eher bedeckt hielten.²³

Die Linkspartei befindet sich also mit anderen Worten z.Z. in einer tiefen *Identitätskrise*. Und diese Krise hat sich eigentlich schon lange vor der Zeit Gudrun Schymans abgezeichnet. Allerdings wurde sie auch ebenso lang und v.a. unter Schyman ignoriert. Unter der Leitung von Schyman konnten die Wahlergebnisse der Partei kontinuierlich verbessert werden. Nach der Wahl 1998 zwang man die regierenden Sozialdemokraten erstmals in eine langfristige und vertraglich fixierte Zusammenarbeit mit Linkspartei und Grünen - all dies ohne größere Einigkeit in Grundsatzfragen erreicht zu haben. Aus der viel geschmähten „ständigen Oppositionspartei“ (die jedoch aus der kommunistisch-realistischen Tradition heraus sehr oft im Parlament sozialdemokratische Minderheitenkabinette vor dem Sturz bewahrte) wurde so eine Partei, die immer tiefer in eine indirekte Regierungszusammenarbeit involviert wurde. Nach der Wahl 2002 wurde die innenpolitische Zusammenarbeit zwischen der Regierung Göran Persson und Grünen und Linkspartei weiter vertieft, und die beiden „Stützparteien“ bekamen ihre ersten „Berater“ in den Ministerien sowie jeweils einen Regierungspräsidenten (Gotland und Jämtland) zugesprochen.

Die Kehrseite des parlamentarischen Erfolgs ist eine zunehmende Stagnation des Engagements der Mitglieder. Die Mitgliederzahl stieg bis 2002 auf rund 14.000, ist jedoch z.Z. vermutlich sinkend. Die Aktivitäten der Partei erschöpfen sich lokal oftmals völlig in der Teilnahme an parlamentarischen Gremien, gleichzeitig werden im *Selbstverständnis* der Partei nach wie vor außerparlamentarische Aktivitäten, z.B. die aktive Teilnahme von Parteimitgliedern in den Gewerkschaften, der Mieterbewegung etc, besonders hervorgehoben. Innerhalb der Partei ist Ämterhäufung inzwischen eher die Regel als die Ausnahme, und auf der nationalen Ebene lässt sich die Herausbildung von „Hinterbänklergruppen“ sowohl in der Reichstagsfraktion als auch im Parteivorstand erkennen.²⁴

Die Linkspartei hatte nach dem Wahlerfolg von 1998 zunehmende Probleme der steigenden Erwartungshaltung von Mitgliedern und Wählern gerecht zu werden. Radikale Forderungen wurden in der parlamentarischen Praxis zugunsten der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten vermieden, was immer wieder zu offenen Konflikten sowohl innerhalb des Parteivorstandes und innerhalb der Reichstagsfraktion als auch zwischen Parteivorstand und Reichstagsgruppe führte. Schon im Jahr 2000 markierte der Parteitag deswegen seine Unzufriedenheit durch die symbolische Nichtwahl des Reichstagsfraktionsvorsitzen Lars Bäckström in den Parteivorstand.

Auch wenn ein Großteil der momentanen Probleme der Linkspartei meines Erachtens auf die unharmonische Entwicklung von Wahlergebnissen und Organisation zurückzuführen ist, und demzufolge schon zu Zeiten Gudrun Schymans mehr als deutlich erkennbar war, wird die Krise der Partei zumeist ideologisch verbrämt und obendrein einzig und allein an den Ergebnissen bei Wahlen und Meinungsumfragen festgemacht.

Dabei lassen sich die ernsthaftesten Symptome der Krise der Linkspartei, nämlich ihre Uneinigkeit über die eigentliche Identität und Rolle der Partei, gepaart mit weitverbreiteter Mitgliederpassivität, eigentlich auf einen politischen Konflikt zurück führen, der während der 1980-er Jahre die eurokommunistische VPK beeinflusste. Diese war zwar nicht im Selbstverständnis, wohl aber in der politischen Praxis sehr von den Vorgängen innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie geprägt. In der Praxis ausgegrenzt von Regierungsmacht

²³ Siehe http://svt.se/svt/jsp/Crosslink.jsp?d=29266&a=459023&lid=puff_459026&lpos=lasMer; Zugriff 6.12.2005. Siehe auch „Strid om v:s ekonomiska vägval“, *Flamman* 8.12.2005; <http://www.flamman.se/inrikes.php?id=2700>, Zugriff 12.12.2005.

²⁴ Dies ist ein Phänomen, das schon 1995 von Herman Schmid angesprochen wurde. Siehe Schmid, Herman: „Från folkrörelse till mediaparti“ in *Socialistisk Debatt*, 1-2/1996.

und weiterem Einfluss, war das Selbstverständnis der VPK geradezu zwanghaft fokussiert auf die Frage des Erwerbs der politischen „Verantwortungsfähigkeit“. Diese wurde auf kommunaler Ebene immer öfter direkt oder indirekt durch die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Fraktionen demonstriert.

Wie auch innerhalb der Sozialdemokratie entstand so innerhalb der Linkspartei ein Grundkonflikt zwischen einer aktivistisch-außerparlamentarischen Strömung der Partei und einem pragmatisch-parlamentarisch ausgerichteten Apparat. Hierbei spielte auch das sich rasch entwickelnde feministische Profil der Partei eine wichtige Rolle, da z.B. die Gewerkschaftsarbeit der VPK (wie auch das Wirken der sozialdemokratischen Gewerkschaftslinken) traditionell auf männlich dominierte Industriebranchen konzentriert war. Innerhalb der VPK kulminierte dieser Konflikt allmählich in dem oben beschriebenen erbitterten Streit zwischen sogenannten Erneuerern und sogenannten Traditionalisten, der sich im Grunde nur oberflächlich um die ohnehin zumeist taktische Haltung zur Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten drehte.

Was die Linkspartei betraf, führte der Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus im östlichen Europa zunächst zu einem innerparteilichen Erdrutschsieg der Erneuererströmung, dann allmählich zu einem erbitterten Streit um das neue ideologische Profil der Partei, der erst kürzlich in der Bildung von Wegwahl Links kulminierte. Die ohne Zweifel seit 2002 erfolgte programmatische Re-ideologisierung der Linkspartei fand dabei paradoxerweise parallel mit der zunehmenden pragmatischeren Ausrichtung der parlamentarischen Arbeit auf die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Minderheitenregierung statt. Diese notwendigerweise in der Praxis recht paradoxe Entwicklung ist meines Erachtens der tiefere Grund für die momentane Identitätskrise der Partei.

Immer wieder scheint in den Wortgefechten führender Vertreter der Linkspartei zwischen den Zeilen der Konflikt zwischen Real- und Grundsatzpolitik auf. Während die im Allgemeinen als „traditionalistisch“ verunglimpftete Strömung der Linkspartei in ihrem Eigenverständnis versucht, grundsätzliche politische Fragen „zurückzuerobert“, haben die „Erneuerer“ sich dagegen auf die Entwicklung parlamentarisch mehrheitsfähiger Positionen konzentriert. Weder die eine noch die andere Seite hat dabei ein Konzept finden können, um den Mitgliederzufluss der späten 1990er-Jahre zu kanalisieren. Dies führt nicht zuletzt dazu, dass die meisten Mitglieder der Partei heute von der Debatte zur Geschichte und zum Selbstverständnis der Partei hoffnungslos überfordert sind und auch die Machtkonstellationen innerhalb von Parteivorstand und Reichstagsfraktion kaum überblicken können.

Ein Grundproblem hierbei ist, dass bei der im Allgemeinen geringen Aktivität der Mitglieder innerhalb der Linkspartei die politische Alltagsarbeit im Wesentlichen auf kommunale Politikverwaltung und im besten Fall Wahlkampfarbeit hinausläuft. Dieser Trend, der ebenfalls schon in 1980er Jahren seinen Anfang nahm²⁵, wurde im letzten Jahrzehnt noch verstärkt durch die Tendenz der jeweiligen Parteispitzen, auf das rasante Tempo der heutigen massenmedialen Öffentlichkeit mit einer „Professionalisierung“ der Politik zu reagieren. Am ausgeprägtesten war diese Tendenz bei Gudrun Schyman, die zusammen mit ihrem persönlichen Mitarbeiterstab das öffentliche Profil der Linkspartei jahrelang dominierte, oft ohne größere Rücksichtnahme auf diverse Parteigremien.

Die beträchtliche parlamentarische Expansion der 1990er Jahre hat die immanenten Probleme der Linkspartei obendrein erheblich verschärft: Ämterhäufung und die Verschmelzung von Partei- und Parlamentsarbeit sind heute weitgehend an der Tagesordnung, trotz verschiedener Versuche diesem Trend entgegen zu wirken. Vor allem Mitgliederaktivitäten wie politische Studien, Organisationsausbildungen und offene Debatten

²⁵ Siehe z.B. die frühe Kritik von Hans Arvidsson, damals Redakteur des theoretischen Organs der VPK, *Socialistisk Debatt*, am Zustand seiner Partei: Arvidsson, Hans: *Medan revolutionen dröjer. Kritik av ett parti i motvind* (Stockholm 1987).

leiden darunter. Auch die Anzahl der Mitglieder, die in Wahlkampagnen mobilisiert werden können, sinkt, was Hand in Hand mit der Überbelastung von ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern zu einer Steigerung des Einflusses der Angestellten der Partei auf Kosten von ehrenamtlichen Vorständen führt.

Wie der norwegische Politologe Knut Heidar treffend feststellt, sind Parteien wie die schwedische Linkspartei ganz einfach zu professionalisierten „Kampagneorganisationen“ geworden, die sich aufgrund sinkender Mitgliederaktivität und dem gesteigertem „Tempo“ der Politik lieber auf effektive Netzwerke von Vertrauensleuten, externen Experten, Werbeagenturen und Lobbyisten verlassen als auf die Mobilisierung der eigenen Mitglieder. Oft geht dies einher mit der Reduzierung des Parteiprofils auf individuelle Akteure, die die Partei in den Medien repräsentieren. Dies führt dazu, dass die Parteiarbeit von verschiedenen persönlichen Netzwerken dominiert, und der direkte Mitgliedereinfluss auf die Tagespolitik der Partei drastisch reduziert wird. Ganz im Gegensatz zur Entwicklung innerhalb der außerparlamentarischen Bewegungen wächst so die Kluft zwischen „großer“, nationaler und „kleiner“, lokaler Politik.²⁶

Praxis kontra Programmatik

Die Einsicht, dass parlamentarische Praxis und programmatische Vision in einem gewissen Gegensatz zueinander stehen ist natürlich nicht neu. Sehr deutlich ausgesprochen findet sich dieser klassische Schlusssatz interessanterweise in einer „Organisationsanalyse“ der Linkspartei aus dem Jahre 1998/99. Damals zog der Parteivorstand den weisen Schluss, dass der Zusammenhalt der Partei, der durch die Zusammenarbeit mit der Regierung beeinträchtigt worden war, durch die Professionalisierung der Mitgliederzeitung *Vänsterpress*²⁷ zu fördern sei. Außerdem beschloss man die Kommunikationswege innerhalb der Partei effektiver zu gestalten und zu öffnen, u.a. durch regelmäßige nationale Konferenzen zu ausgewählten Themen. Man sprach auch von „Kompetenznetzwerken“ (sic!), die von Parteivorstandsmitgliedern „koordiniert“ und per Mailinglists u.ä. funktionieren sollen.

Derartige Ideen gehen von einer Analyse aus, die entscheidende Impulse für den gesellschaftlichen Widerstand im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr aus den Reihen der traditionellen linken Bewegungen kommen sieht, sondern aus sogenannten neuen sozialen Bewegungen. Dies kommt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck auf der Homepage der Linkspartei, wo unter der Rubrik „aktiviere dich“ hauptsächlich Links zu diversen NGOs zu finden sind.²⁸ Im Gegensatz zur traditionellen und seit langem gesellschaftlich integrierten Arbeiterbewegung, die, wie hier verschiedentlich angedeutet, von ihren parlamentarischen Machtansprüchen immer mehr in Anspruch genommen wird, sind die jüngeren Bewegungen nach wie vor offensive und „eigensinnige“ Außenseiter. Das bewegungsorientierte, außerparlamentarisch-aktivistische Selbstverständnis gerade der globalisierungskritischen Bewegung hebt sich obendrein stark vom parlamentarischen Alltag der Linkspartei ab, was diese jedoch nicht daran hindert, sich mehr oder weniger offen als zur Bewegung gehörig zu bezeichnen.

Der Eigensinn und die Fähigkeit in die strategische Offensive zu gehen, wie sie nicht zuletzt die globalisierungskritische Bewegung in den letzten Jahren gezeigt hat, müssen aber von der Linkspartei erst wieder zurückerobert werden. Dies bedeutet eigentlich, dass die Partei ihren Erfahrungshorizont erweitern und die Dynamik der politischen Kämpfe von außerparlamentarischen Bewegungen analysieren müsste. Im Fall der schwedischen Linkspartei ist die Analyse jedoch auf den Nenner „Internetnetzwerke“ und „elektronische Demokratie“ reduziert worden, und die Möglichkeiten moderner Kommunikationstechnik sind

²⁶ Heidar, Knut: *Statsvitenskaplig utsyn* (Oslo 2001).

²⁷ *Vänsterpress* erscheint mit 10 Nummern/Jahr und fungiert zugleich als Mitgliedszeitung und an die Presse gerichtetes Organ des Parteivorstandes, was zu gewissen konzeptionellen Konflikten führt.

²⁸ http://www.vansterpartiet.se/PUB_AktiVera/6580.6578.cs, Zugriff 12.12.2005.

so für die meisten Ansätze einer organisatorischen Neuorientierung zu Kompass, Ziel und Selbstzweck mutiert.

Was die organisatorische Seite betrifft, so scheint der Ansatz, bislang geschlossene Parteistrukturen für weitere Mitgliedskreise zu öffnen, zwar prinzipiell richtig und wichtig, allerdings in der Praxis kaum ausreichend. Ganz davon abgesehen, dass die Möglichkeit, sich per Computer an offenen Debattenforen zu beteiligen, nach wie vor nur von einem recht spezifischen und immer noch oftmals männlichen Benutzerkreis wahrgenommen wird, haben solche Foren auch die Tendenz, leicht zur „Quasselbude“ zu degenerieren. D.h. die Debatten die dort geführt werden, haben geringen oder gar keinen Einfluss auf die aktuelle Parteiarbeit. Will man den Pfad der „virtuellen Partei“ weiter verfolgen, darf man nicht den Fehler machen, die real-existierende Parteiarbeit mit der Online-Information über dieselbe zu verwechseln. Und weder Internetlösungen noch die demonstrative Teilnahme von Vertretern der Linkspartei an Mammutveranstaltungen wie dem Weltsozialforum von Porto Alegre können auf Dauer die lokale und breite soziale Verankerung einer linken Bewegung ersetzen.

Die Zukunft der Linkspartei liegt deswegen eigentlich in einer Rekonstruktion der Partei als Bewegung. Dies ist eine Herausforderung, der sich die schwedische ebenso wie auch andere europäische Linksparteien zu stellen haben. Aus dem Primat der parlamentarischen Politik ergibt sich dabei leider nicht zuletzt für kleinere Linksparteien wie die schwedische das Dilemma, dass die politischen Kernauffassungen großer Teile der Mitgliedschaft leicht in Konflikt geraten mit den begrenzten Möglichkeiten, tiefer greifende gesellschaftliche Veränderung durch Koalitionen in Kommunen, Regionen oder Reichstag zu erreichen. Leider führt ein Politikverständnis, das „Etablierung“ mit Wahlergebnissen und der Beteiligung an kommunaler, regionaler und nationaler parlamentarischer Macht gleich setzt, dazu, dass auf diese Weise „etablierte“ politische Parteien sich zwangsläufig im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsordnung bewegen (müssen) und im schlimmsten Fall auch noch an der Deformierung des Wohlfahrtsstaates beteiligt sind. Dies wird in der Regel sowohl von Mitgliedern als auch angestammten Wählern als eine Diskrepanz zwischen der parlamentarischen Arbeit der Partei und den programmatischen Aussagen von Partei- und Wahlprogrammen empfunden.

Womit wir wieder beim Kern des Problems angekommen wären. Dass dieser Teufelskreis ein altbekanntes Problem darstellt für eine Linke, die sich visionär als systemüberschreitend versteht, jedoch keine Möglichkeiten zu haben scheint, ein zielbewusstes, gegenhegemonisches Projekt zu verfolgen, ist kein Geheimnis. Und auch kein schwedisches Spezifikum. Für die Linkspartei kann in diesem Zusammenhang jedoch konstatiert werden, dass die Kluft zwischen wieder entdeckter Klassenkampfrhetorik und einer Alltagspolitik, die z.Z. vor allem auf kommunalem Niveau synonym ist mit der Verwaltung von materiellen Einsparungen, eine innerparteiliche strukturelle Krise geschaffen hat, die offensichtlich nur schwer zu beheben ist.

Im Gegensatz zu den meisten außerparlamentarischen Bewegungen, die oft eine beachtliche innere Dynamik entwickeln, mangelt es der schwedischen Linkspartei z.Z. ganz einfach an einem politischen Projekt, das die notwendige Energie entwickeln könnte, die gebraucht wird, um alte Mitglieder zu mobilisieren und neue in der Partei zu halten. Der aktuelle Versuch, ein solches Projekt in Form einer offensiven Debatte um Macht- und Eigentumsfragen zu schaffen, kann als gescheitert betrachtet werden. Dies zeigt der zur Zeit tobende Strömungsstreit innerhalb der Linkspartei deutlich. Es fehlt der Linkspartei offensichtlich an einer identitätsstiftenden Formel, die den Zusammenhang aller Parteimitglieder garantieren könnte.

Statt dessen ist die Partei in eine ideologisch verbrämte Krise hineingestürzt, die sich oberflächlich (aber nichtsdestoweniger symbolträchtig!) an dem Wörtchen „Kommunist“ festmacht, das u.a. selbst der Parteivorsitzende bis vor Kurzem als eher nichts sagendes Etikett für den Hausgebrauch reserviert hatte. Man sieht, die Parteigeschichte holt die Linkspartei in der Tat ein, denn auch zu Zeiten der VPK herrschte schon Uneinigkeit über den kommunistischen oder nichtkommunistischen Charakter der Partei! Dabei ist der Inhalt

dieses politischen Etiketts im Alltag der schwedischen Linkspartei schon längst nicht mehr wichtig. Dass Lars Ohly sich seit Oktober 2005 nicht mehr als Kommunist bezeichnen will, bedeutet durchaus nicht, dass er seine politischen Positionen grundlegend geändert hätte. Und der widerwillige Kotau des Parteivorsitzenden in dieser Frage hat keineswegs zum Begraben des Kriegsbeils von Seiten der Erneuerer geführt.

Dass der laufende Kampf in der Parteispitze um das Profil der Linkspartei zu einem Grundsatzkonflikt zwischen „Erneuerern“ und „Neokommunisten“ hoch stilisiert wird, kann dabei eigentlich vor dem Hintergrund der Entwicklung der Linkspartei nicht verwundern: Aus einer Logik der Medienträchtigkeit einer modernen „Netzwerkpartei“ heraus ist solch ein Flügelkampf nichts weiter als ein Ausdruck für eine simple personalbedingte Führungskrise. Auch zu Gudrun Schymans Zeiten drangen die innerparteilichen politischen Grabenkriege gelegentlich an die Öffentlichkeit, allerdings wagten Schymans Kritiker nie, sie direkt herauszufordern, da sie als die entscheidende Garantin der Wahlerfolge der Partei angesehen wurde.

Schyman erzielte regelmäßig Spitzenergebnisse in Umfragen, bei denen es um die Beliebtheit und Glaubwürdigkeit von Politikern ging. Daher konnte sie es sich leisten, sowohl den Parteiapparat als auch mehr oder weniger große Teile der Mitgliedschaft gelegentlich in Presseinterviews und ähnlichen Auftritten zu provozieren, und obendrein sowohl Parteivorstandsbeschlüsse als auch die konfliktgeladene Arbeit der Programmkommission zu ignorieren. Dies kann sich der weniger erfolgreiche neue Parteivorsitzende und im Verhältnis zu den Medien weniger gewandte Ohly nicht erlauben. Ohlys Schicksal scheint der bittere Preis für eine Partei zu sein, die sich jahrelang in den Medien selbst auf die Person der Parteivorsitzenden und womöglich einer Handvoll von medialen Nebenakteuren reduziert hat. Diese Personalisierung und Medialisierung von Parteiarbeit steigert ganz offensichtlich die Verletzlichkeit einer Partei: Der momentane Vertrauensverlust des Vorsitzenden zieht nämlich zwangsläufig eine empfindliche Krise der gesamten Partei nach sich, und zwar nicht nur in den Augen der mehr oder weniger freundlich gesinnten Massenmedien, sondern auch in den Augen des Großteils der Mitglieder, die mangels anderer Kontaktflächen innerhalb der Partei genauso wie Nichtparteimitglieder ihre Loyalität in erster Hand mit der Person des/der Parteivorsitzenden verbinden. Und genau dies ist das handfeste Resultat der eingangs erwähnten TV-Kampagne gegen Lars Ohly, die zunächst in eine wilde Debatte um das kommunistische Erbe der Linkspartei und dann schnell zur Demontage von Lars Ohlys medialem Profil führte.²⁹

Was tun?

Vor nicht allzu langer Zeit, zu einem Zeitpunkt als die europäische Linke nach Jahren des Misserfolgs endlich in breiter Front auf dem Vormarsch zu sein schien, wiesen verschiedene Analytiker darauf hin, dass während der 1990er Jahre eine „neue Linke“ links von der Sozialdemokratie entstanden war. Spaniens Vereinigte Linke, die Flora der linken Parteien Frankreichs, die schwedische Linkspartei und auch die PDS wurden gerne als Beispiele für eine parlamentarische Linke angeführt, die das Vakuum links der politischen Mitte, das durch den Rechtsruck der meisten sozialdemokratischen Parteien Europas entstanden sei, gefüllt habe.³⁰

Mit allem Respekt vor den aktuellen Wahlergebnissen der deutschen Linkspartei.PDS scheint die damalige Einschätzung ein wenig übereilt gewesen zu sein, wie die negative

²⁹ Ohly wurde im 2. Dokumentarfilm von Uppdrag granskning nicht nur als antidemokratischer Kommunist, sondern auch als notorischer Lügner und Heuchler dargestellt.

³⁰ Diese Ansicht findet man z.B. in Hudson, Kate: *European communism since 1989: towards a new European left?* (London: 2000). Der schwedische, sozialdemokratische Journalist Olle Svenning konstatiert in diesem Zusammenhang interessanterweise, dass dieser Prozess zeitgleich mit der wachsenden Entfremdung der Gewerkschaften von sozialdemokratischen Regierungen erfolgt ist. Svenning in Arbestål, Sven Olof (Hg.): *Finns arbetarrörelsen? 16 inlägg om facket och politiken.* (Stockholm 2000).

Entwicklung der Wahlziffern der meisten europäischen Linksparteien zu Beginn des 21. Jahrhunderts andeutet. Wahlerfolge sind nicht immer problemlos zu wiederholen, wie nicht zuletzt das Beispiel der schwedischen Linkspartei, das der FKP, der spanischen IU und wohl auch das der PDS vor der Bundestagswahl 2005 zeigen. Die Linke scheint offenkundig nicht in der Lage zu sein, aus der gelegentlich recht deutlichen Unzufriedenheit der Betroffenen der post-keynesianischen Wirtschaftspolitik anderen als wahltechnischen Nutzen zu ziehen. Und gerade diese Wahlerfolge führen bei Teilnahme an Regierungskoalitionen nicht selten zum Verlust von Vertrauenskapital bei den eigenen Mitgliedern und nicht zuletzt in den Kreisen der traditionellen Stammwählerschaft.³¹

Dies legt den Schlusssatz nahe, dass es einer größeren Anstrengung bedarf, um einer stagnierenden Linken den Charakter einer dynamischen und "der Zukunft zugewandten" Bewegung zu verleihen. Da die gelegentlichen Versuche von Linksparteien, existierende Bewegungen zu vereinnahmen, eher selten erfolgreich sind, scheint mir eine Strategie, die sich darauf besinnt, dass nur eine *lebendige* Partei ein natürlicher Fokus für nahestehende soziale Bewegungen werden kann, schon eher Erfolg versprechend zu sein. Für mich liegt es hier nahe anzunehmen, dass Linksparteien viel von sozialen Bewegungen zu lernen haben, allerdings auch gut daran tun, die eigenen Wurzeln ihrer (früheren) Erfolge und Tugenden nicht zu vergessen. Das heißt, dass das Verständnis von „Politik“ erweitert und geöffnet werden muss. In Schweden hat vor allem die „alte“ Gewerkschaftsbewegung angefangen, dies einzusehen, und begonnen, sich den außerparlamentarischen linken Bewegungen in gewisser Weise zu nähern. Gleichzeitig ist man jedoch vorsichtig darauf bedacht, die eigene Geschichte als identitätsstiftende „Erfolgsstory“ zu bewahren und hervorzuheben. Für die Linkspartei stellt sich in der momentanen Situationen jedoch nicht die Frage, *wie* sondern *ob* die eigene Parteigeschichte wieder eine einigende Funktion erhalten kann...

³¹ Es wird in diesem Zusammenhang interessant sein, das weitere Schicksal der norwegischen Sozialistischen Linkspartei zu verfolgen.